

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

■ wir starten mit diesem Rundbrief in die heiße Phase des Kommunal- und Europawahlkampfes. Die Plakatierung ist angelaufen und wir werden natürlich an den Samstagen, 10., 16. und 23. Mai von 9.00 bis 13.00 Uhr auf dem Eugen-Jaekle-Platz vertreten sein. Über Eure Mithilfe freuen wir uns natürlich.

Eine rein GRÜNE Veranstaltung gibt es am 16. Mai mit dem Bundestagsabgeordneten Harald Ebner (Einadung auf S. 4).

Die Aufstellung der Kommunalwahllisten war wieder einmal sehr aufwändig. Wir danken ausdrücklich unserem unermüdlichen „Leuteüberzeuger“ Michel Sautter. Michel hat maßgeblich dazu beigetragen, dass wir in allen sechs Wahlkreisen wieder mit vollständigen Kreislisten antreten können. Aber auch all denjenigen, die sich zu einer Kandidatur bereit erklärt haben, spreche ich unser herzliches Dankeschön aus. Hoffen wir auf das gewünschte persönliche Wahlergebnis. Hoffen wir auch für uns GRÜNE, dass wir das tolle Ergebnis vom letzten Mal noch toppen und die 20 %-Marke überspringen!

Im Land sowie im Bund geben die GRÜNEN ja derzeit ein wie ich finde geschlossenes Bild ab. Im Gegensatz dazu die sehr enttäuschende Arbeit der großen Koalition in Berlin, u.a. in Sachen Energiewende. Das ist einfach unerträglich und geht in die völlig falsche Richtung: Kohleverstromung wird gefördert und die Erneuerbaren Energien werden ausgebremst. Laut Umfragen wollen aber bekanntlich 93 % der Deutschen die Energiewende.

Herzliche Grüße

Stefan Seibert-Us

„Die Energiewende ist tot“

von Marc Gergeni

■ So radikal es auch klingt, zu dieser Meinung bin ich gelangt, weil meine Firma, die „green factory“, die auf Befestigungssysteme für Solaranlagen spezialisiert war, Opfer der unsäglichen Diskussion um Strompreise wurde. Diese sorgte dafür, dass tausende Firmen vom Markt verschwanden.

Vor zehn Jahren stieg ich in den Bereich Erneuerbare Energien ein, zunächst nebenberuflich. Als sich die Arbeit ausweitete, kündigte ich meinen damaligen Arbeitsplatz. Ich war nun auf mich alleine gestellt. Schon nach sieben Jahren platzten unsere Räumlichkeiten aus allen Nähten. Nach erfolgloser Suche nach einer geeigneten Gewerbeimmobilie blieb mir nichts anderes übrig, als selbst zu bauen.

Wir hatten uns noch nicht richtig eingelebt, da zog politisches Unwetter herauf. „Wir brauchen billigen Strom und Versorgungssicherheit für den Standort Deutschland und dies können die Erneuerbaren nicht leisten!“ Diese Worte fielen schon bei unserer Einweihungsfeier. Ähnliche Parolen, die auf keiner wissenschaftlichen Basis beruhen, schlugen der Branche in immer kürzeren Abständen entgegen. Es wurden Ängste vor einem Blackout geschürt. Als Schuldige wurden die Erneuerbaren Energien ausgemacht, während die vier großen Versorger in regelmäßigen Abständen die Energiekosten anhoben.

Nach der prächtigen Lobbyarbeit einer kleinen, mächtigen Interessensgruppe, folgten die ersten Änderungen des EEG. Im Juni 2012 wurde in der Photovoltaik-Novelle eine einmalige Absenkung der Einspeisevergütung von 15% und eine Einteilung in vier Größenklassen vorgenommen, die unterschiedliche Vergütungen erhielten. Außerdem wurde eine Basisdegression von 1% mo-

natlich eingeführt. Dadurch rechneten sich große Anlagen kaum mehr und wurden „auf Eis“ gelegt. Das war unsere Zielgruppe.

Andere EEG-Blockierer waren, bzw. sind die Banken. So habe ich ebenfalls 2012 vertrauliche Informationen der LBW erhalten, „dass keine Kredite mehr im Bereich der Erneuerbaren Energien vergeben werden“.



Die Branche kämpfte also an mehreren Fronten: Sie musste gezielte Fehlinformationen richtig stellen, der Verunsicherung der Bevölkerung entgegenreten, mit Umsatzeinbrüchen von über 30% pro Jahr zurechtkommen und sich auf die kompletten Änderungen des EEG einstellen.

Dass eine junge heranwachsende Branche nicht über das finanzielle Polster verfügt, einem derartigen Druck über Jahre hinweg zu trotzen, sollte verständlich sein. Auch größere Firmen blieben von der Insolvenz nicht verschont (siehe Kasten S. 2). Die Zahl von Betriebs-schließungen der kleineren geht in die tausende. In den letzten zwei Jahren wurden rund 100.000 Arbeitsplätze in der green tec-Branche vernichtet.

Die Bundesregierung wird so ihr Klimaschutzziel für 2020 nie erreichen, aber Schuld werden dann die Erneuerbaren Energien sein, die es nicht geschafft haben, wirtschaftlich Energie zu erzeugen.

Wenn man sich diese Entwicklung ►

- Dez. 2012 BP (Rückzug aus dem Solargeschäft nach 30 Jahren)
- Ende 2011 Solon (Einer der Pioniere und größten Modulhersteller Deutschlands)
- März 2012 Solarhybrid AG (Kraftwerkentwickler auf Basis EE)
- März 2012 Scheuten Solar (Markenmodulhersteller aus Deutschland)
- März 2012 OderSun (260 Mitarbeiter verloren Ihre Arbeitsplätze)
- Mai 2012 Sovello (Q-Cells und US-Hersteller Evergreen)
- Juni 2012 Solarwatt (Markenmodulhersteller aus Dresden)
- Juli 2012 Q-Cells (Der größte Zellhersteller stellt Insolvenzantrag)
- Juli 2012 Centrotherm (Internationales Maschinenbauunternehmen aus Blaubeuren)
- März 2013 Suntech (Größte Solarplatte der Welt)
- Juli 2013 Conergy AG (Gehörte zu den größten Händlern und Herstellern Europas)
- Okt. 2013 Donauer AG (Einer der größten Großhändler Europas)
- Dez. 2013 S.A.G. Solarstrom AG (Insolvenz)
- Dez. 2013 Bosch (Zieht sich aus dem Solarbereich endgültig zurück)

Rückzüge und Insolvenzen großer Firmen aus der Solarbranche

vor Augen hält, kann man sehr wohl zu der Einschätzung kommen: „Die Energiewende ist tot!“ Ob dieses wirklich so kommt, liegt an uns! Viel Zeit haben wir nicht mehr.

Die Zeit ist reif fürs Rad

Ein Gastbeitrag des ADFC Heidenheim

■ Lange hat die Stadtverwaltung den Fahrradverkehr stiefmütterlich behandelt. Inzwischen ist man sich wohl bewusst, dass das Fahrrad die ideale Lösung für viele Probleme wäre. Egal ob Feinstaub, CO₂ oder Stickoxide, Lärm oder Verkehrs- und Parkplatzprobleme, Energieverbrauch, Erderwärmung, Erdölknappheit, das Fahrrad ist ideal, weil es alle Probleme auf einmal löst. Es mangelt allerdings einerseits an der Erfahrung - Ratschläge von Radfahrer-Organisationen wie dem ADFC werden immer noch als absurd abgelehnt, andererseits fehlt der Mut, sich offensiv und öffentlich für das Fahrrad einzusetzen.

Will man den Radverkehrsanteil nennenswert steigern, müssen neue Radfahrer gewonnen werden, also Autofahrer zum Radfahren gebracht werden. Das kann nur mit attraktiven Radwegen gelingen, die durchgängig möglichst zügig, störungsfrei und ohne Umwege befahrbar sein müssen.

Attraktive Radwege bedürfen meistens keiner teuren und aufwändigen Lösung. Ein ausbaufähiges Grundgerüst steht schon jetzt in Heidenheim zur Verfügung. Oft fehlen nur kleine Details, wie geeignete, ebene Auf- und Abfahrten.

Langfristig müssen natürlich auch die bestehenden Lücken geschlossen werden. Dazu eignet sich die zugleich preisgünstigste Lösung am besten: das

Abmarkieren eines Radfahrstreifens auf der Fahrbahn. Solche Radfahrstreifen, die objektiv die sicherste Radwegführung darstellen und deshalb auch in den ERA R2 (Empfehlungen für Radverkehrsanlagen) empfohlen werden, sind meistens durchgängig störungsfrei, hindernisfrei und zügig befahrbar. Hinzu kommt, dass Radfahrer dort kontinuierlich im Sichtbereich des Autoverkehrs sind. Nicht zu vergessen ist auch die psychologische Wirkung. Sie wirbt permanent für die Wertschätzung des Radverkehrs, indem ein Stückchen Straße frei gehalten wird.

Städte wie Karlsruhe, die im Fahrrad-Klimatest ganz hervorragend abgeschnitten haben, machen es vor. Mit

Alexander Bonde im Swing

■ Windkraft, Landwirtschaft und der Nationalpark Nordschwarzwald standen im Mittelpunkt der Veranstaltung. Breiten Raum nahm die Diskussion mit dem Minister ein (Lesen Sie dazu HZ online vom 17. April: <http://www.swp.de/heidenheim/ezeitung/epa1175658,695>)



dem offensiven Einsatz für attraktive Radwege, fast ausschließlich auf Fahrbahniveau, mit Einbindung der Radfahrer-Organisationen als Berater und begleitet von guter Öffentlichkeitsarbeit konnte der Radverkehrsanteil und das Fahrradklima innerhalb kurzer Zeit deutlich verbessert werden.

Die grün-rote Regierung hat gerade die besten Voraussetzungen geschaffen, indem sie ganz erhebliche Gelder zur Förderung des Radverkehrs bereitstellt und sie bittet darum, diese abzurufen. Jetzt ist der ideale Zeitpunkt, um Verbesserungen im Radverkehr voranzutreiben. Bleibt zu hoffen, dass auch in Heidenheim von Politik und Verwaltung die Zeichen der Zeit bald erkannt werden. Der ADFC, als wichtiger Vertreter der Radfahrer, steht jederzeit mit Rat und Tat zur Seite.

Günter Staffa
Verkehrspolitischer Sprecher, ADFC

Wo es beim Radverkehr klemmt in Heidenheim

- Alle Poller im Bereich von Radwegen entfernen
 - An Radwegenden wo möglich Einfädelspuren auf Autostraßen
 - Eindeutige und sichere Radwegführung im Kreuzungsbereich der Heckental-/Liststraße
 - Vorfahrtsberechtigter Querung der Ludwig-Lang-Straße, sowie abgesicherte Querung der Brenz- und Theodor-Heuss-Straße auf Höhe der ehemaligen Kreissparkasse
 - Alle Radwegauf- und abfahrten grundsätzlich mit Null-Absenkung, d.h. ohne Bordsteinkante
 - Aufhebung der Benutzungspflicht in der Clichystraße
 - Radweg in der Paul Hartmann Straße
 - Freigabe der Schlossstraße für den Radverkehr in Gegenrichtung
 - Radfahrstreifen beiderseits in der Giengener Straße
 - Freigabe der Unterführung bei der Karl-Rau-Halle für den Radverkehr
 - Verteilt im Stadtgebiet einfach zu benutzende Abstellanlagen (Bügel)
 - Sicheres Fahrradparkhaus im Bereich des Bahnhofs (> 40 Stellplätze)
- Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

GRÜNE arbeiten engagiert am zukünftigen Nahverkehrskonzept mit



■ Die Kreistagsverwaltung arbeitet seit 2012 an der Fortschreibung des Nahverkehrsplans. Der alte Plan gilt immerhin seit über 15 Jahren! Der neue Nahverkehrsplan wird Ziele für die künftige Nahverkehrsgestaltung vorgeben.

Grundlage ist das ÖPNV-Gesetz Baden-Württemberg. Dies weist dem Landkreis die Verantwortung für den Busverkehr nach dem Personenbeförderungsrecht zu. Heidenheim und Giengen nehmen diese Aufgabe gemeinsam mit dem Landkreis wahr.

Eine Lenkungsgruppe begleitet den Prozess. In bisher vier Sitzungen analysierte sie mit der zur Umsetzung beauftragten Nahverkehrsberatung die Rahmenbedingungen. Es wurden Bereiche identifiziert, die dringend verändert werden müssen. Ein Thema ist z.B. die vollständige Umsetzung der Barrierefreiheit bis 2022.

Die Kommunen konnten inzwischen in einer ersten Beteiligungsrunde ihre Anliegen einbringen. In die Planungen fließen auch Erkenntnisse ein, die im MORO (Modellvorhaben zur Regionalen Daseinsvorsorge in Ostwürttemberg) gewonnen wurden. Denn Mobilität ist gerade im Ländlichen Raum von zentraler Bedeutung. Wichtig ist, dass alle Infrastrukturen erreicht werden, egal ob Schule, Arbeitsplatz, Ärzte oder Einzelhandel. Dabei muss die Planung schwierige Rahmenbedingungen berücksichtigen: Der Wandel der Altersstruktur führt zur Minderung der Schülerverkehre. Sollen mehr ArbeitnehmerInnen und Ältere den ÖPNV nutzen, muss er an deren Bedürfnisse angepasst werden.

Deswegen ist der **Beteiligungsprozess wichtig. Teilweise haben die Kommunen bei ihrer Anhörung Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen lassen. Leider war die Resonanz dabei äußerst dürrig. Im weiteren Prozess der Beteiligung kommt es darauf an, die Bedürfnisse zu äußern, damit sie berücksichtigt werden können. Entsprechende Öffentlichkeitsarbeit ist dringend erforderlich.**

Die Herausforderung für den zukünftigen ÖPNV besteht darin, ein Grundnetz weiter zu entwickeln und zu bedienen, das auf künftige Ansprüche und Wohnbedürfnisse flexibel reagieren kann und gleichzeitig bezahlbar bleibt.

Neue Akteure sind zu berücksichtigen und mit einzubinden. Das Auto wird das Hauptverkehrsmittel bleiben, aber auch Menschen, die kein Auto nutzen können oder wollen, müssen mobil sein können. Dafür werden immer mehr Angebote auf den Markt kommen: Car-Sharing, E-Mobility, alternative Angebote und Mobilitätsformen.

Im Prozess der Fortschreibung sollen auch Mobilitätslücken erkannt und Maßnahmen entwickelt werden, wie diese Lücken „gestopft“ werden können.

Die Kreiskommunen legen Wert auf eine angemessene Versorgung mit Buslinien. Aber auch neue Angebotsformen des ÖPNV sind gefragt. Die Verknüpfung verschiedener Verkehre, z.B. Bahn-Bus-Rad sind ein wichtiges Thema. Dies kann nur funktionieren, wenn Takte aufeinander abgestimmt sind und es zentrale Verknüpfungsstellen gibt.

Weiterführend wird diskutiert wer-

den müssen, inwieweit Themen und Projekte außerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Auftrags des Landkreises angegangen werden sollen. Letztlich geht es auch um eine längerfristige Perspektive: Wo steht der Nahverkehr im Jahr 2030?

Für uns GRÜNE steht mit im Vordergrund, dass der ÖPNV im Landkreis als Alternative zum Auto wahrgenommen und angenommen wird. Obwohl die individuelle Mobilität im Ländlichen Raum immer im Vordergrund stehen wird, muss im Hinblick auf Klima- und Umweltschutz ein leistungsfähiges Angebot des ÖPNV flächendeckend zur Verfügung stehen, damit der Ländliche Raum attraktiv bleibt.

Deswegen arbeiten wir Grüne engagiert an der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes.

Margit Stumpff

Am 25. Mai - GRÜN für ein besseres Europa

■ Am 25. Mai sind Europawahlen. Gerade in unsicheren Zeiten und vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen der Klima- und Energiewende, der Finanz- und der damit einhergehenden sozialen Krisen und der aktuellen Situation in Osteuropa sind diese Wahlen besonders wichtig. Egal ob Gentechnik, TTIP (Zweiseitiges Handelsabkommen mit den USA), Verbraucher- und Datenschutz oder Schutz unserer bäuerlichen Landwirtschaft: nur, wenn Europa sich demokratisch und unabhängig weiter entwickelt, werden wir unsere europäischen Grundwerte bewahren können.

Europa muss handlungsfähig und stark sein - und dann noch in die richtige Richtung handeln.

Derzeit wachsen überall in Europa nationalistische und rechtspopulistische Parteien heran. In Deutschland hat die 5%-Hürde den Einzug der AfD in den Bundestag gerade noch verhindern können.

Für die Europawahlen hat das Bundesverfassungsgericht die 3%-Hürde gekippt. Jetzt ist es an den Wählerinnen und Wählern, klarzumachen, dass in Deutschland kein Platz für Rechtspopulisten in den Parlamenten ist.

Nie waren die Europawahlen also so wichtig wie dieses Jahr! Deshalb bitte ich euch: Werbt für die Europawahlen, werbt für ein freies und soziales Europa!

Margit Stumpff

GENug!

Welche Gefahren drohen Bauern und VerbraucherInnen?

Harald Ebner (MdB) kommt nach Heidenheim.

Der Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion für Gentechnik- und Bioökonomiepolitik stellt die Positionen der GRÜNEN zum Thema Gentechnik, Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft und Verbraucherschutz dar.

Welche Auswirkungen hätte das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) für Baden-Württemberg, die Region und den Rest der Welt? Wie hängen unsere Landwirt-

schaft und unsere Ernährung mit der Weltenernährung zusammen? Was ist von dem propagierten Nutzen grüner Gentechnik zu halten? Warum verhinderte die Kanzlerin den sog. „Merkel-Mais“ nicht? Sind Genmais, Genraps und Gensoja noch zu stoppen? Warum wirkt die Bundesregierung daran mit, die Kennzeichnungspflicht für Honig mit Gentechnik-Pollen zu kippen?

Fragen über Fragen! Darüber möchte Harald Ebner gerne mit dem Heidenheimer Publikum ins Gespräch kommen.

Freitag, 16. Mai

Café im Eugen-Loderer-Zentrum, Helmut-Bornefeld-Str. 2
Heidenheim, 20 Uhr



Netzerweiterung kontraproduktiv?

■ Die Grünen BW stehen bislang hinter dem Stromnetzausbau. Doch mehrten sich Stimmen, dass er kontraproduktiv sei, die Erneuerbaren Energien (EE) behindere und die Stromkosten in die Höhe treibe.

Das Forum gegen das Zwischenlager argumentiert mit folgender Rechnung: Die Stromnachfrage in Bayern betrage 5,5 – 12,7 GW. An EE-Kraftwerken habe man: 14,7 GW; an atomar-fossilen Kraftwerken 11,5 GW. Von Norden nach Bayern gebe es eine geschätzte gesicherte Übertragungskapazität von 3,3 GW. Weil Wind und Sonne nicht permanent zur Verfügung stehen, könne man - entgegen Seehofer - auf die Trasse Sachsen-Anhalt – Augsburg nicht verzichten.

Der Solarenergie-Förderverein Deutschland (SFV) stellt in einem Gutachten für die Bundesnetzagentur fest, „dass die diskutierten Erhöhungen der Fernübertragungsnetz-Transportkapazitäten für die zügige Umstellung auf Erneuerbare Energien keineswegs erforderlich sind und die Umstellung sogar erheblich verteuern.“ Bevor tatsächlich gebaut wird, sieht er den Gesetzgeber in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass nicht nur die EE, sondern auch alle konventionellen Energien zur ausschließlichen Vermarktung über den Spotmarkt verpflichtet werden. Dies würde Überkapazitäten vermeiden. Zum ändern müsse der Gesetzgeber dafür sorgen, dass auch die EE in die Lage versetzt werden, die Netze zu stabilisieren, indem diese mit integrierten Stromspeichern und geeigneten Reglern ausgestattet würden. Doch dafür fehlten sowohl die gesetzlichen Vorgaben als auch Anreize. Die ganze Stellungnahme des SFV: http://sfv.de/artikel/sfv-stellungnahme_zum_stromnetzausbau_fuer_die_bundesnetzagentur.htm

Hans-Martin Hartmann

Impressum

Bündnis 90/Die Grünen, Postfach 1264,
89502 Heidenheim, Tel. 44389
Sprecherin: Stefani Schall-Uhl,
schalluhl@hotmail.com
Kontakt Regionalbüro/Johannes Paus
Langertstraße 68, 73431 Aalen
Mobil 0162-900 22 99
paus@gruene-ostwuerttemberg.de
Endredaktion/Layout: H.-M. Hartmann
Fotos: Hartmann, Paus, Stumpp, Vogel
Spendenkonto: 154376000 bei der
Heidenheimer Voba, BLZ: 63290110